

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 7.

Charlottenburg, Freitag, den 18. Februar 1921.

48. Jahrg.

## Der Reichstarifvertrag vom 1. Oktober 1920 für allgemein verbindlich erklärt!

Durch Zustellung vom 2. Februar 1921 wird uns mitgeteilt, daß auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums unter dem 2. Februar 1921 die folgende Verfügung auf Blatt 1121 Ifd. Nr. 2 des Tarifregisters eingetragen worden ist:

„Der zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen feineramischen Industrie in Berlin-Wilmersdorf, dem Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, dem Berufsverband deutscher Keramarbeiter, dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, dem Verband der deutschen Gewerksvereine, Zentralverband der Maschinisten und Geizer, dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossene, am 1. Oktober 1920 in Kraft getretene Reichstarifvertrag wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Porzellan-, Steingut-, Porzellan- und Steingutspülwarenindustrie für das Gebiet des Deutschen Reiches gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Oktober 1920. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des am 1. Januar 1920 abgeschlossenen Reichstarifvertrages außer Kraft.“

Der Reichsarbeitsminister. J. A.: Hausmann.

Durch diese Verfügung gilt nun der Reichstarifvertrag vom 1. Oktober 1920 nebst Lohnabkommen für die gesamte feineramische Industrie, und es sind alle Unternehmer dieser Industrie, so auch die, die dem Arbeitgeberverbände nicht angehören, verpflichtet, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem R.-L.-B. zu gestalten. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam und geben hiermit die Anregung, event. von Firmen ab 1. Oktober 1920 nach dem R.-L.-B. zu wenig gezahlte Lohnbeträge nachzufordern.

Auch für das neue Lohnabkommen (gültig ab 1. Januar 1921) ist die Allgemeinverbindlichkeit beantragt und in Kürze zu erwarten.  
Der Vorstand.

## Organisationsfragen.

So erfreulich der Mitgliederzuwachs für unseren Verband ist, so unerfreulich ist es, an Hand des Klassenberichtes 1919 festzustellen, daß die finanzielle Kraft des Verbandes sehr zu wünschen übrig läßt. Nimmt man auch an, daß durch die zweimalige Beitragserhöhung im Jahre 1920 jener Klassenbericht ein besseres Gesicht bekommt, so wird aber auch dieses Ergebnis enttäuschen. Den erhöhten Beiträgen stehen erhöhte Unterstützungen gegenüber. Im Bericht heißt es, daß der Verband allen Anforderungen gerecht werden konnte. Wird dieses aber auch in der Zukunft möglich sein? An Unterstützungen wurden im Berichtsjahre nur bei Fünftel der Verwaltungskosten gezahlt. Streikunterstützung steht erst an dritter Stelle. Wenn die Porzellanarbeiter ihr Einkommen mit den bestehenden Lebensverhältnissen in Einklang bringen wollen, so wird sich dieses Verhältnis stark verschieben. Die arbeitgemeinschaftliche Tendenz, die in unserem Verbande herrscht, wird nicht ewig anhalten. Die Ueberzeugung wird immer mehr durchdringen, daß nur durch Kampf das zu erreichen ist, was die Arbeiterschaft zum Lebensunterhalt braucht. Vornehmste Pflicht ist es, sich für die kommenden Kämpfe, die unbedingte kommen, die unbedingt kommen müssen, zu wappnen.

Dazu gehört ein gut fundierter Kampffonds, den wir jetzt nicht besitzen, den wir auch durch die augenblickliche finanzielle Struktur im Verbands nicht erreichen werden. Nötig ist, daß wir unser Beitrags- und Unterstützungssystem schnellstens in dem Sinne umformen, daß wir kommenden Kämpfen mit Ruhe entgegensehen können.

1. Die Beiträge müssen auf das Doppelte erhöht werden. 1914 zahlte man in der höchsten Klasse 1 Mk. Das machte für die meisten Kollegen 1½ Stundenlohn aus. Heute zahlt man 4 Mk. Also nach den heutigen Löhnen ¾ bis 1 Stundenlohn. Begreiflicherweise würde diese Maßnahme auf den Widerstand zahlreicher Mitglieder stoßen. Dessen ungeachtet werden alle, die in dem Verbands das sehen, was er sein soll, die Erhöhung der Beiträge gutheißen. Soll unsere Organisation Kampforganisation bleiben, so werden sich auch diejenigen, die diese Erhöhung als zu weitgehend halten, sich mit derselben befreunden müssen.

2. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind stark abzubauen, am besten ganz zu beseitigen. Beide Unterstützungsarten sind, wenn auch ungenügend, reichsgesetzlich geregelt. Es geht nicht mehr an, daß die Arbeiterschaft, die dem Staate ihre Arbeit, ihre Gesundheit gibt, diese sozialen Lasten allein übernimmt. Mit Nachdruck ist zu fordern, daß diese sozialen Gesetze soweit ausgebaut werden, daß der Arbeiterschaft die Lebensmöglichkeit gewährleistet ist.

3. Höhere Materialpreise, Porto, Gehälter werden die Verwaltungskosten gewaltig steigern. Mit der Tendenz, weitere Lokalbeamte, besonders durch Zusammenlegen von Zahlstellen, anzustellen, muß gebrochen werden. Die dadurch erzielte weitere Bürokratisierung, sowie finanzielle Belastung des Verbandes muß vermieden werden. Soweit wie möglich muß Prinzip bleiben, daß die Verwaltungstätigkeit von den berufsmäßigen Mitgliedern selbst ausgeführt wird. Den Kassierer, der mit Arbeit am meisten belastet ist, entlaste man durch Ausbau des Unterkassierersystems. In größeren Zahlstellen stelle man die Verwaltung auf breitere Grundlage. Soviel Idealismus muß von jedem Verbandsmitglied zu erwarten sein, daß er jede Verwaltungstätigkeit unentgeltlich verrichtet.

In kommenden Kämpfen wird nicht die numerische allein, sondern die finanzielle Stärke des Verbandes ausschlaggebend sein. Sogar bei Tarifabschlüssen wird das Entgegenkommen der Unternehmer größer sein, wenn der Verband nicht nur redet, sondern auch in der Lage ist, zu handeln. Könnten wir bei unseren jetzigen Finanzverhältnissen einem etwaigen Abbau der Löhne wirksam begegnen? Nein! Ein größerer Kampf könnte jetzt nur geführt werden durch hohe Extrabeiträge der Nichtbeteiligten. Wenn man entgegenhalten will, daß in anderen Verbänden auch keine höheren Beiträge gezahlt werden, sowie daß dort dasselbe Unterstützungssystem besteht wie bei uns, so beweisen doch deren kleinere und größere Kämpfe in letzter Zeit, daß sie sich ebenfalls finanziell neu orientieren müssen, wollen sie schlagkräftig bleiben. Viele Kämpfe endeten mit kaum nennenswertem Erfolge, andere nach manchmal langer Dauer mit einem schwächlichen Kompromiß. Ursache: schlechte Finanzen. Die erhöhte kürzlich in Kraft getretene Streikunterstützung ist, besonders für Verheiratete, völlig ungenügend. Aus diesem Grunde wird man lieber mit unzulänglichen Löhnen vorlieb nehmen und einem Kampfe ausweichen. Vorstehende Probleme sind wert, daß sie schnellstens in allen Zahlstellen diskutiert, aber nicht nur diskutiert, sondern baldigst verwirklicht werden zum Nutzen der Porzellanarbeiterschaft.

Zahlstelle Leipzig.

Die Zahlstelle Leipzig sieht gewiß in manchen Dingen zu schwarz. Das kann uns aber nicht hindern, anzuerkennen, daß es an sich erfreulich ist, die Aufmerksamkeit und das Interesse der Verbandsmitglieder hinzulenken auf Dinge, die uns am nächsten liegen müssen. Darin müssen alle Kollegen mit Leipzig übereinstimmen, daß eine gesunde Finanzgebarung das Fundament des Verbandes ist neben der gewerkschaftlichen Schulung und Disziplinierung der Mitglieder. Es ließe sich schon ein ganz anderes finanzielles Resultat erzielen, wenn alle Mitglieder ihre Beiträge in der Beitragsklasse entrichten würden, der sie auf Grund ihres Verdienstes und nach Maßgabe unseres Statuts angehören. — Wir behaupten, daß es ganz beträchtliche Summen sind, die dem Verbands dadurch verloren gehen, daß ein Teil der Mitglieder niedrigere Beiträge zahlt, als er eigentlich pflichtgemäß zahlen müßte. Kommt es aber einmal zum Kampf, dann sind diese Beitrags-Drückberger die ersten, die lamentieren, daß sie mit den niedrigen Unterstützungssätzen nicht auskommen. Wenn vielleicht auch hierin schon manches besser geworden sein mag, so ist es aber immerhin noch schlimm genug, was an Beiträgen „gespart“ wird. Wenn die Leipziger Kollegen vorschlagen, die heutigen Beiträge zu verdoppeln, so befürchten wir, daß wieder nur ein Bruchteil der Mitglieder seine volle Pflicht erfüllen würde.

Dem Abbau der Unterstützungen können wir nicht das Wort reden. So viel es prinzipiell richtig ist, daß der ertwerbslose und arbeitsunfähig gewordene Arbeiter Anspruch hat auf Versorgung aus öffentlichen Mitteln, so wenig ist das heute der Fall. Sollte es dem Bemühen der organisierten Arbeiterschaft gelingen, das vorstehende Prinzip öffentlich durchzusetzen, dann ließe sich natürlich darüber reden, ob die Erwerbslosenunterstützung im Verbandsverbande noch ferner notwendig wäre.

Eine andere Frage ist, ob sich ein weiteres Steigen der Verwaltungskosten verhindern lassen wird. Eine weitere, und zwar sehr weitgehende Erhöhung der Post- und Eisenbahngebühren ist uns bereits in Aussicht gestellt und wird sicher kommen. Das wird ohne Zweifel eine weitere starke Belastung unserer Finanzkräfte mit sich bringen. Was sonst noch alles an Belastungsmomenten hinzukommen kann, wollen wir vorderhand nicht weiter erörtern.

Hierbei steigt aber eine andere Frage im Hintergrunde auf, nämlich die, ob es nicht noch andere Wege und Mittel gibt, unsere Kräfte zu stärken. Wir sehen, daß durch die ganze Gewerkschaftsbewegung ein stetiger Zug zur größeren Konzentration geht. Im Gastwirtsgewerbe haben sich die Verbände der Köche, der Kaffeehelfer, der Gastwirtsgehilfen zu einem großen Verbandsverbande verschmolzen. Im Transportgewerbe ist die Bildung eines Verkehrsverbundes in Vorbereitung. Die ohnehin schon großen Verbände der Eisenbahner, Transportarbeiter usw. werden damit vereinigt. Im Baugewerbe ist der Baugewerksbund in Vorbereitung. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Töpfer, Maler usw. werden eine einheitliche Organisation. Im Nahrungsmittelgewerbe daselbe. Die Verbände der Bäcker und Konditoren, der Fleischer, Brauer und Mühlenarbeiter bereiten die Zusammenfassung vor. Im Bekleidungs- und Textilgewerbe daselbe Bild; auch im graphischen Gewerbe machen sich Anzeichen dafür geltend. Von den 50 freien Gewerkschaften, die heute bestehen, umfassen 15 der größten ungefähr 85 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder, während die 35 übrigen Verbände nur 15 Proz. der Mitglieder umfassen. In dem Augenblick, in dem die Frage nach Vergrößerung und Zusammenfassung unserer Kraft auf die Tagesordnung gestellt wird, halten wir es für angebracht, auch wieder einmal auf den Konzentrationsprozeß im Gewerkschaftsleben hinzuweisen und auch nach dieser Seite hin zum Nachdenken anzuregen.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zunahme der Arbeitslosigkeit. — Preisrückgang der Rohstoffe. — Forderung vermehrter Staatsaufträge. — Behebung der Wohnungsnot. — Forderung auf Erhöhung der Kohlen- und Kalipreise.

Das Hinausschnellen der Arbeitslosenziffer in den letzten Wochen läßt wie ein Barometer erkennen, daß der wirtschaftliche Druck auf Deutschland im Juni im Begriff ist. Die sehr erhebliche Besserung im Juli, die zugleich mit einem starken Einsetzen des Dollarkurses einherging, hat unsere Position in der Ausfuhr geschwächt; wir werden wahrscheinlich mit einem Rückgang in der Ausfuhr zu rechnen haben. Mehr noch kommt die Unsicherheit in der Lage als Störung für das Wirtschaftsleben in Betracht, weil der Preisrückgang, der sich bei einigen Waren bereits bemerkbar macht, keine großen Geschäftschlüsse betätigt werden und damit eine Verschärfung der Krise einleiten muß. Gegen den Abbau der Preise widersetzt sich Handel und Industrie, da sie Waren auf Lager haben und Rohstoffe zur Verarbeitung, die noch zu hohen Preisen hereingekommen

wurden und die, gemessen an den heutigen Rohstoffpreisen, mit Verlusten abgestoßen werden können. Immerhin, die Gewinne sind so reichlich gewesen, daß noch eine erhebliche Spanne für den Preisabbau übrigbleibt, bis man unter die eigentlichen Produktionskosten kommt. Der Widerstand in einigen Industriezweigen gegen den Preisabbau ist sehr stark, denn die Unternehmungen, die die Konzentration des Kapitals herbeiführten, sind vor allem durch ihre Trustbildung auch Preisregulatoren, sie wirken hemmend gegen den Preisdruck und schalten Unterangebot aus. Die Krise kann aber vor allem dadurch gemildert werden, daß wir die Konsumfähigkeit der Bevölkerung durch billige Warenangebote haben.

In solchen Zeiten der Geschäftsstodung müssen die großen Auftraggeber in Staat und Gemeinde mit ihren Aufträgen stärker hervortreten, sie können damit am besten zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Allerdings muß von der Industrie verlangt werden, daß sie in solchen Zeiten Opfer bringt und auf die bisherigen Gewinne verzichtet. Noch wichtiger wird die Belebung des Baumarktes sein, die ohne Staatszuschüsse nicht möglich ist. Selbst wenn diese Zuwendungen durch eine auf viele Jahre verteilte Steuer wieder hereingeholt werden, wird man diese Belastung eher ertragen können, als den gegenwärtigen unerträglichen Zustand, mitten in einer fürchterlichen Wohnungsnot, wo Baumaterialien und Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden sind, den Bau von Wohnhäusern einzustellen, weil die Baukosten zu hoch sind. Auch für die Reparatur der Wohnhäuser müssen Aufwendungen gemacht werden; das soll nicht zum Nutzen des Hauswirtes geschehen, dessen Besitz damit im Wert erhöht wird; man möge die hierfür aufgewendeten Mittel als Hypothek eintragen lassen und bei einem Besitzwechsel die Ablösung dieser Hypothek ausbedingen. Die Gemeinde und der Staat verlangen auf diese Weise später die aufgewendeten Mittel zum Teil wieder zurück, es ist dem Hausbesitzer nicht möglich, aus dieser Hilfeleistung einen unberechtigten persönlichen Vorteil beim Verkauf des Hauses einzustecken. Hier ist Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden, wir brächten mit ihr ein Werk zur Ausführung, das in sozialer Fürsorge reichlichen Nutzen stiftet.

Der Preisrückgang, der mit der Krise in enger Verbindung steht, ist leider auf einem Gebiet, wo er am sehnlichsten erwartet wird, dem Lebensmittelmarkt, nicht eingetreten. Nur die Preise stark beherstet werden vom Auslandsmarkt, macht die Rückwirkung bemerkbar. Schmalz, Margarine und Hülsenfrüchte sind um ungefähr 40 Proz., Kaffee um 50 Proz. im Großhandel zurückgegangen. Erheblicher sind die Preisrückgänge in der Industrie für einige Rohstoffe. Gegenüber der höchsten Preisliste für Baumwolle im vorigen Jahre mit 53 Mk. das Kilogramm verzeichnen wir gegenwärtig eine Preissenkung auf 23 Mk., Garfäden sind von 170 auf 62 Mk., Gewebe von 24 auf 10 Mk. im Großhandel gesunken. Für Leder ist ein Rückgang von 50 bis 60 Proz. zu verzeichnen; Seide ist bis zu 70 Proz. niedriger im Preis. Kunstseide um 65 Proz. In den Kleinhandelspreisen kommt die Preissturz noch nicht voll zum Ausdruck, sodann war die Preislage so hoch, daß selbst die jetzige Senkung noch nicht an die Konsumfähigkeit der großen Masse herankam. Immerhin besteht die Aussicht, daß bei der gegenwärtigen Marktlage der weitere Preisrückgang nicht aufzuhalten ist.

In einem Gegensatz hierzu steht allerdings die Forderung des Kohlenverbandes, die Preise für Steinkohle zu erhöhen; für Braunkohle ist die Preisherabsetzung bereits erfolgt. Im vorigen Jahre hat das Reichswirtschaftsministerium die Ansprüche der Bergherren abgelehnt mit der Begründung, daß die höheren Löhne ausgeglichen werden durch den Preisniedergang der Materialpreise für den Bergbau. Es wird deshalb aufs neue zu prüfen sein, nicht die weiteren Preisrückgänge auch gegenwärtig die erhöhten Anforderungen im Bergbau unberechtigt erscheinen lassen. Auf dem Kohlenmarkt verschiebt sich übrigens die Lage ganz erheblich. Die amerikanische Kohle, die im Frühjahr 1920 in Rotterdam mit 2000 Mk. die Tonne angeboten wurde, sank im Preise im Laufe der vorigen Woche bis auf 550 Mk. und in England ist der Kohlenpreis von 150 Schilling auf 60 Schilling gefallen. Da im Ruhrort der Kohlenpreis noch immer auf 225 Mk. steht, so ist die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis noch sehr erheblich. Nehmen wir aber die teuren Eisenbahnfrachten für die entfernten Bezirke hinzu, so nähern wir uns sehr dem Weltmarktpreis, so wird die Auslandskohle sehr erfolgreich in Konkurrenz mit der Inlandskohle treten können. Volkswirtschaftlich, bei unserer Schwäche im Außenhandel, ein höchst bedenklicher Zustand. Selbst gegenwärtig führen wir wöchentlich ungefähr 13 000 Tonnen ausländischer Kohle ein, während wir in der Lage sein müßten, die Anforderungen auf dem heimischen Markt voll zu decken.

Nicht minder übel sieht es mit der Erhöhung der Kalipreise aus. Wir haben allerdings hier die Aufschläge auf das Geschäft der Preise vor dem Kriege beschränkt, und diese Preise nur

ten, weil wir für die Ausfuhrmengen so hohe Preise bekommen, daß die Inlandspreise gedrückt werden konnten. Aber eine Preiserhöhung von 50 Proz. wäre von den übelsten Folgen, denn die Landwirtschaft drängt auf eine Preisförmung der Düngemittel und hnt die gestellten Anforderungen ab. Die Rückwirkung auf unsere Ernährungswirtschaft ist deutlich erkennbar. Es muß deshalb ihr eingehend untersucht werden, ob die Forderung des Kalibergbaues berechtigt ist, zumal hier große Gewinne in der zurückliegenden Zeit verbucht sind. Die Industrie muß jetzt angehalten werden, ihre Kalkulationen sehr genau vorzunehmen und es muß ihr gemacht werden, daß die Zeit der großen Gewinne vorüber sein muß.

## Wirtschaftskrise im Ausland und die Porzellanindustrie.

Mit großem Ernst und Unruhe sieht die deutsche Porzellanindustrie der Wirtschaftskrise in Amerika und England entgegen. Noch vor nicht allzu langer Zeit, noch kurz vor Weihnachten, konnte die Porzellanindustrie noch Auslandsaufträge entgegennehmen. Der schlechte Stand unseres Marktes bzw. der hohe Stand des Dollars war dem Auslandsgeschäft günstig. Auf der einen Seite wurde das Ausland angezogen, für verhältnismäßig billiges Geld unsere hochwertigen Erzeugnisse der Porzellanindustrie zu kaufen, auf der anderen Seite machte der Valutagewinn das Auslandsgeschäft für unsere Industriellen zu einem gewinnbringenden. Es ist bekannt, daß ein Wert unserer Industrie mit zirka 1800 Arbeitern im Juni v. J. einen Valutagewinn durch Auslandsaufträge von über 1 Million Mark machen konnte. Im Juni v. J. stand der Dollar auf 38 Mk. Wenn ich recht unterrichtet bin, legen die Porzellanindustriellen ihren Kalkulationen einen Dollarkurs von 20 Mk. zugrunde. Wenn nun, wie in letzter Zeit noch, der Dollar auf 70 Mk. und darüber steht, dann betragen die Gewinne das drei- bis vierfache.

In der Hauptsache sind es die Betriebe der Geschirrs- und Elektroindustrie, die an diesen Auslandsaufträgen und besonderen Gewinnen teilhaben. Die elektrotechnische Industrie mußte eine Kontingentierung der Ausfuhr vornehmen, um zu verhindern, daß die gesamte Produktion ins Ausland wanderte und für den Inlandsbedarf nichts mehr übrig blieb. Angesichts der fortschreitenden Elektrifizierung von Industrie, Landwirtschaft und Verkehr in Deutschland ist aber der inländische Markt für Isoliermaterialien noch sehr aufnahmefähig.

Es ist deshalb begreiflich, daß in letzter Zeit immer mehr neue Betriebe der elektrotechnischen Porzellanindustrie entstanden. Auf dem Fleckchen Erde wird ausgenutzt, um eine neue Porzellanfabrik zu bauen oder bereits bestehende Betriebe zu vergrößern.

Klagen über Mangel an Absatz hört man heute in der Hauptsache nur von der Porzellan-Luxusindustrie. Ein Teil von den Betrieben ist auf die Fabrikation elektrotechnischer Artikel umgestellt worden. Das Anwachsen der Luxusabteilungen in den Porzellanfabriken läßt aber den Schluß zu, daß auch für Erzeugnisse in Luxusporzellan noch Absatzmöglichkeiten gegeben sind. Nur wenige Betriebe klagen über die hohen Verbandspreise. Die straffe Organisation und unser Reichstarif mögen uns davor bewahren, daß wir nicht in die früheren Zustände der maßlosen Konkurrenz zurückfallen.

Die Arbeiterschaft hat es zu einem wesentlichen Teile in der Hand, das letztere zu verhindern. Festhalten am Tarif, strikte Durchführung des Tarifs ist ein sehr geeignetes Mittel, eine schädliche Konkurrenz zu verhindern.

Es gewinnt den Anschein, als ob in der Luxusindustrie sich Andrängen gegen den Tarifgedanken bemerkbar machte. Die Arbeiterschaft muß hier gut auf dem Posten sein.

Der ständige Kohlenmangel hindert unsere Industrie die volle Entfaltung. Wenn auch Streckungsmittel, wie Braunkohle, teilweise verwandt werden, so ist doch ohne Qualitätskohle nicht auszukommen. Zudem klagt die Industrie, daß infolge der Anwendung von Feuerungsstreckmitteln die Ausschubziffer steigt. Die Reichsbehörden müßten in ganz anderem Maße als bisher für sorgen, daß der Porzellanindustrie die notwendige Kohle in genügender Verfügung steht. Das erfordert das Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Die Porzellanindustrie ist aber trotzdem in den letzten Jahren nicht schlecht abgeschnitten, während man das von der Arbeiterschaft nicht sagen kann. Letztere leidet schwer unter den jetzigen Zuständen. Die Löhne reichen mit knapper Not dazu aus, um von der Hand in den Mund leben zu können. Deswegen möchte das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen der Arbeiterschaft eine bittere Enttäuschung, die der Erhaltung des Wirtschaftsfriedens nicht zuträglich ist. Es kommt hinzu, daß die Fabrikanten es bisher verstanden haben, die Löhne zum großen Teil

auf der Höhe der tariflichen Mindestlöhne zu halten. Mindestgeschulten Arbeitern ist damit der ganze Tarifgedanke abhandelt gemacht worden. Im Interesse unserer gesamten Industrie liegt es aber, den Tarifgedanken aufrechtzuerhalten. Es ist sehr zu wünschen, daß bei den nächsten Lohnverhandlungen die Unternehmer sich den berechtigten Wünschen der Arbeiter geneigter zeigen. Wenn jetzt schon, in der Zeit der strengen Ausfuhrkontrolle und der Valutagewinne, sich die Gefahr von Differenzen ergeben sollen, was soll dann werden, wenn diese günstigen Momente einmal vorüber sein werden?

Auf jeden Fall werden unsere Kollegen gut daran tun, ihre Organisation in gutem Stand zu erhalten. Zahle jeder seine pflichtgemäßen Beiträge, laßet keine Reste aufkommen, organisiert alles, was in den Betrieben beschäftigt ist, in der zuständigen Organisation, dem Verband der Porzellan- usw. Arbeiter. G. B.

## Das Oberschiedsamt.

### Streitfall Nr. 40.

Sachverhalt: 1. Im Mai 1920 wurde der Dreher Moser gemäß § 123 G.-O. von der Württembergischen Porzellanmanufaktur Schorndorf entlassen und die Firma weigerte sich, ihm eine entsprechende Entschädigung für den entgangenen Urlaub (§ 57 des alten N.-L.-B.) zu zahlen. Durch Spruch des Gauschiedsamtes für West- und Süddeutschland vom 28. Juni 1920 wurde die Firma zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt.

2. Wegen dieser Entlassung trat die gesamte Arbeiterschaft in den Streit, und die Firma drohte die Entlassung aller Arbeiter an, falls sie bis zu einem bestimmten Termin ihre Bereitwilligkeit für die Wiederaufnahme der Arbeit bekundet hätten. Die Arbeiterschaft erklärte sich noch vor Ablauf dieses Termins zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Aber trotzdem weigerte sich die Firma, ihnen Urlaub im Jahre 1920 zu gewähren, da der Streit ein wilder gewesen sei.

Die Firma wurde von der gleichen Sitzung des Gauschiedsamtes verpflichtet, den Urlaub zu gewähren.

Gegen beide Schiedssprüche legte die Firma Berufung beim Oberschiedsamt ein. (Als Vertreter trat in diesem Falle und auch im folgenden an Stelle des Herrn Regierungsrats Furbach Herr Gauleiter Heeg vom Arbeitgeberverband auf.)

### Schiedsspruch zu Nr. 40.

Der angefochtene Schiedsspruch wird in den beiden hier in Frage stehenden Punkten bestätigt und demgemäß ausgesprochen:

1. daß dem entlassenen Arbeiter Moser eine Urlaubsentchädigung ausbezahlt ist,

2. daß die Streitzeit bei der Berechnung des Urlaubs für die Arbeiterschaft nicht als Unterbrechung der für die Urlaubsberechnung maßgebenden Beschäftigungsdauer anzusehen ist. Die Arbeiter haben mit Rücksicht darauf, daß die eigentliche Urlaubsjahreszeit verstrichen ist, die Wahl, ob sie den Urlaub noch nachträglich verlangen wollen oder statt dessen eine Urlaubsentchädigung, für die auf Grund der am 28. Juni 1920, d. h. dem Tag der Sitzung des Gauschiedsamtes, in Geltung gewesenen Tariffäge zu berechnen ist.

Begründung: Für die Frage, ob dem entlassenen Arbeiter Moser eine Urlaubsentchädigung zusteht, ist der § 57 des alten Tarifs maßgebend. Er kann nach seinem unzweideutigen Wortlaut nur dahin ausgelegt werden, daß auch bei hier in Frage stehender Entlassung ohne Rücksicht darauf, wodurch sie veranlaßt ist, die Urlaubsentchädigung zu zahlen ist.

Für die zweite Frage, ob bei der Urlaubsberechnung für die Arbeiterschaft die Zeit des hier zur Erörterung stehenden Streiks als Unterbrechung der Beschäftigungsdauer anzusehen ist, ist ausschließlich der § 53 des alten Tarifs entscheidend. Sein Wortlaut ist ebenfalls unzweideutig und kann nur dahin ausgelegt werden, daß die Streitzeit auch dann nicht als Unterbrechung anzusehen ist, wenn ein sogenannter wilder Streik vorgelegen hat. Fraglich konnte nur noch sein, ob etwa eine Entlassung der Arbeiter während des Streiks durch die Firma stattgefunden hat. Diese Frage ist aber nach dem Ergebnis der Verhandlung zu verneinen, da die Firma die Entlassung nur bedingungsweise in Aussicht stellte für den Fall, daß die Arbeiter nicht bis zu einem bestimmten Termin die Arbeit wieder aufnehmen würden. Diese Voraussetzung ist aber nicht eingetreten. Die Entlassung ist also tatsächlich nicht perfekt geworden. Es kann deshalb dahingestellt bleiben, wie zu entscheiden wäre, wenn eine perfekte Entlassung vorgelegen hätte.

### Streitfall Nr. 41.

Sachverhalt: Die Württembergische Porzellanmanufaktur Schorndorf rechnete ab 1. April 1920 auf die Stückpreise

der im Afford beschäftigten Facharbeiter nur 25 Proz. Zuschlag, trotzdem die Stückpreise nach der im R.-L.-B. festgelegten Affordbasis kalkuliert waren und deshalb nach dem Lohnabkommen vom 22./23. März 1920 35 Proz. zuzurechnen waren. Zur Begründung dieses geringeren Zuschlages verwies die Firma darauf, daß die Affordarbeiter vor dem 1. April 1920 derartig hohe Durchschnittsverdienste erreichten, so daß schon mit 25 Proz. Zuschlag Verdienste erzielt würden, die der nach dem 1. April 1920 geltenden tariflichen Affordbasis entsprächen. Das von unseren Kollegen angerufene Gauschiedsamt für West- und Süddeutschland stellte in seiner Sitzung vom 28. Juni 1920 Berechnungen der erreichten Durchschnittsverdienste und Vergleiche dieser mit der neuen Affordbasis an und entschied dann in der Sitzung vom 2. August 1920 im Sinne der Firma. Gegen diesen Schiedsspruch wurde unsererseits beim Oberschiedsamt Einspruch erhoben und dieses wie folgt begründet:

Die Stückpreise entsprachen Ende März nicht höheren Affordbasen, als im Nürnberger Vertrage festgelegt waren. Die Firma war demnach verpflichtet, nicht nur 25 Proz., sondern 35 Proz. ab 1. April den bis dahin geltenden Stückpreisen zuzurechnen.

#### Schiedsspruch zu Nr. 41.

Der angefochtene Schiedsspruch wird aufgehoben, da sich nachträglich herausgestellt hat, daß die Firma bei ihrer Berechnung von irrtümlichen Rechengrundsätzen ausgegangen ist und tatsächlich der Tarifvertrag von ihr nicht erfüllt worden ist.

Die Stücklohnsätze für Facharbeiter im allgemeinen müssen so kalkuliert sein, daß sie für nach dem 1. April 1920 gelieferte Arbeit mindestens 25 Proz. höher sind, als für bis März 1920 gelieferte Arbeit. Sie müssen aber auch derartig hoch kalkuliert sein, daß ein Durchschnittsarbeiter unter Berechnung des neuen Stücklohnsatzes 35 Proz. mehr verdient, als wenn der Satz auf Grund der alten Affordbasis von 2,90 M. neu kalkuliert wird. Für Facharbeiter der untersten Altersstufe in den Ortsklassen I, IIa und IIb erhöht sich der Zuschlag von 35 Proz. auf 40 Proz. und für die anderen Arbeitergruppen entsprechend den damaligen Bestimmungen.

#### Streitfall Nr. 42.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt für Thüringen verurteilte Martinroda (Thüringen) durch Schiedsspruch in der Sitzung vom 7. Juli 1920 von Ortsklasse III nach IIb. Gegen diesen Schiedsspruch wurde von Arbeitgeberseite Berufung eingelegt.

#### Schiedsspruch zu Nr. 42.

Die angefochtene Entscheidung des Gauschiedsamtes wird aufgehoben und demgemäß das Verbleiben von Martinroda in der Ortsklasse III angeordnet.

Begründung: Ein Vergleich der für Martinroda maßgebenden Verhältnisse zeigt, daß sie nach der Gesamtheit der Lebenshaltung mit denjenigen der Orte in der Ortsklasse III übereinstimmen. Gründe, die eine Heraufhebung rechtfertigen würden, liegen nicht vor. Die angeführten Mieten können ein ausschlaggebendes Gewicht nicht beanspruchen, da die übrige Lebenshaltung auf einfache ländliche Verhältnisse zugeschnitten ist.

#### Streitfall Nr. 43.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt für Thüringen hat am 15. Juni 1920 den von unseren Kollegen gestellten Antrag auf Versetzung des Ortes Rodach von Ortsklasse IIb nach IIa abgelehnt, weshalb das Oberschiedsamt angerufen wurde.

#### Schiedsspruch zu Nr. 43.

Der angefochtene Schiedsspruch wird bestätigt. Rodach hat daher in der Ortsklasse IIb zu verbleiben.

Begründung: Es liegen keine Umstände vor, die eine Versetzung von Rodach nach Ortsklasse IIa rechtfertigen könnten, vielmehr spricht die Gesamtheit aller Umstände dafür, daß Ortsklasse IIb, die auch für die umliegenden Plätze maßgebend ist, hier richtig ist. Die Koburger Verhältnisse können hier nicht ausschlaggebend mitsprechen, weil Koburg zu weit entfernt ist.

#### Streitfall Nr. 44.

Sachverhalt: Die Firma Kössler in Rodach zahlt ihren ersten Brennern nach § 36 des Nürnberger Vertrages bis April 1920 einen Zuschlag von 25 Proz. Bei den späteren Lohnberechnungen wird dieser Zuschlag mit der Begründung vorenthalten, die Firma habe durch ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes die Auffassung gewonnen, daß ihre Brenner nicht als verantwortliche gelten, und daher der im § 36 festgelegte Zuschlag nicht zu zahlen sei. Unsere Kollegen wandten sich an das Gauschiedsamt für Thüringen und beantragten, in Berücksichtigung der im Brennbetrieb bei der Firma Kössler vorliegenden Verhältnisse die Firma zu verpflichten, für die ersten und zweiten Brenner den

Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen. Das Gauschiedsamt lehnte am 30. September 1920 diesen Antrag ab und unsere Kollegen riefen deshalb das Oberschiedsamt an.

#### Schiedsspruch zu Nr. 44.

Der angefochtene Schiedsspruch wird dahin abgeändert, daß der Zuschlag nach § 36 des alten Tarifs für verantwortlich Brenner in dem hier fraglichen Fall den ersten Brennern, dagegen nicht den zweiten Brennern zu gewähren ist.

Begründung: Wenn auch der Betriebsleiter bei dem Abschluß des Brandes die entscheidenden Maßnahmen anordnet, so liegt doch nach den geschilderten Verhältnissen, die hier in Betracht kommen, auf den ersten Brennern der Firma Kössler eine wesentliche Verantwortung während eines für den Ausfall des Brandes wichtigen Teiles des Brennprozesses. Diese Voraussetzung begründet nach der geschilderten besonderen Sachlage für den vorliegenden Fall die Eigenschaft als verantwortlicher Brenner im Sinne des § 36 des Tarifes für die ersten Brenner der Firma Kössler, dagegen treffen diese Voraussetzungen nicht zu für den zweiten Brenner.

### Die Kluft zwischen Einkommen und Ausgaben

Ueber die außergewöhnlichen Notverhältnisse, die sich in den letzten sechs Monaten seit der bürgerlichen „Fachministertätigkeit“ sogar erheblich verschlimmert, werden die verschiedensten Gründe und Ursachen angeführt. Bei den Betrachtungen darüber lohnt es sich auch, Vergleiche zwischen früheren und heutigen Tagelöhnen bezw. Wocheneinkommen und deren Kaufkraft bei Einkäufen von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu ziehen. Diese Zeilen sollen nicht eine ausführliche Statistik, sondern nur eine Anregung sein, um gewissenhafte Gewerkschaftler zu bewegen, sich selbst unwiderlegbare Unterlagen zu schaffen, wenn es nötig ist, den Unternehmern das Elend der Arbeitermassen begreiflich zu machen und notwendige Lohnforderungen zu begründen.

Als Beispiel sei ein Durchschnittstageslohn von 3 M. aus Vorkriegszeiten genommen. Für diesen war es möglich zu kaufen: 6 Laibe Brot je 4 Pfund, oder bis 5 Pfund Fleisch, oder 15 bis 18 Pfund Kartoffeln, oder 60 Stück Eier, oder 15 bis 18 Pfund Reis, oder 30 bis 35 Seringe, oder ein gutes Hemd, oder 6 waschbare Taschentücher, oder 1 Gut bezw. 1 Stuhl, 30 Porzellanteller mittlerer Güte, 3 bis 4 Zentner Kohlen, 30 Stückchen Seife usw. Ein Wochenlohn von 18 M. reichte aus zum Kauf von einem Paar Arbeitsschuhen, oder 1 Arbeitsanzug, oder 30-40 M. Bettbarchent.

Setzen wir nun zum Vergleich einen Durchschnittstageslohn der Jetztzeit von 30 M., wie er in der Porzellanindustrie noch gezahlt wird, so werden wir einen sehr großen Unterschied zugunsten der Arbeiter bemerken. Der jetzige Tageslohn hat bedeutend an Kaufkraft oder sagen wir Warenwert verloren. Der Käufer erhält für den jetzigen Tageslohn an Brot wohl noch 6 Laibe in gleicher Größe, aber bedeutend schlechterer Art, außerdem müssen einige Pfund völlig nutzlose Füllstoffe mit bezahlt werden. Wenn gar in nächster Zeit die Wünsche der Agrarier in Erfüllung gehen sollten, daß sie für Getreide den Weltmarktpreis erhalten, dann gibt es für die 30 M. Papiergeld 2 Pfund Brot, also ein halbes Laib. Fleisch kann man nur noch 2 bis 2½ Pfund, Kartoffeln 10 Pfund, Eier 20 bis 30 Stück, Reis 8 Pfund, Seringe 20 Stück für dieses Tageseinkommen kaufen. Wünscht eine Arbeiterin gar Bedarfsartikel, wie ein ebensolches Hemd aus früherer Gewebe, so muß sie statt eines Tageslohnes einen Wochenlohn für hingeben. Das nunmehrige obenbezeichnete Tageseinkommen reicht nicht mehr zum Kauf eines Gutes, dazu sind nun 3 bis 4 Tageseinkommen nötig. Porzellanteller gibt es höchstens noch 8, Kohlen nur 1½ Zentner, Seife 5 bis 6 Stück für einen Tageslohn. Arbeitsschuhe gelten wohl jetzt allgemein das Paar für ein Durchschnittseinkommen einer Woche. Der gleiche Arbeitsanzug muß sicher mit einem 2½-Wochenlohn veranschlagt werden und Bettzeugstoffe können sich Arbeiterhaushalte nur in den seltensten Fällen anschaffen. Ein Wochenverdienst reicht nicht mehr zu 4 bis 6 Meter früherer Sorte.

Die wenigen Angaben, die sich beliebig vermehren lassen, zeigen, wie groß die Kluft ist zwischen dem Verdienst der Arbeiter und den Ausgaben. Es hat sich die Lage der arbeitenden Volksschichten in hohem Maße verschlechtert und die Folgen werden sich später in wenig erfreulicher Weise bemerkbar machen. Viel weiter kann die Verelendung allerdings nicht mehr getrieben werden. Harte Kämpfe werden die Gewerkschaften zu bestreiten haben, wenn sie nur einigermaßen Einkommen und Ausgaben wie früher halbwegs miteinander in Einklang bringen wollen. Die Aufgabe muß nun sein, für die kommenden Dinge zu rüsten.

E. Renninger, Bayreuth.

# Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten!

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G.-B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenthalben aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freierorganisierter Gewerkschaftler nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A. D. G.-B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

„Für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und

für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.“

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden,

erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten ihren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen zur Durchführung zu bringen,

gegen  
die kapitalistische Profitwirtschaft,  
für  
die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G.-B. und des Afa-Bundes.

Brahmann, Brunner, Diefmann, Brodat, Hufhäuser, Süß, Körpel.  
Der Beirat des geschäftsführenden Ausschusses.

## Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und die sozialdemokratischen Arbeiter.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband behauptet in einem Flugblatt, eine Angestelltenvereinigung, die sich ein Zusammengehen der Hand- und Kopfarbeiter als Ziel gesetzt hat, die z. B. der Zentralverband der Angestellten, handle gegen das Interesse seiner Mitglieder. Wörtlich schreibt er: „Die Angestellten werden auf Veranlassung des Zentralverbandes der Angestellten von den Arbeitern politisch mißbraucht. Schützt euch vor Vormundung seitens sozialdemokratischer Arbeiter durch Mitgliedschaft im D. G.-B.“, lautet der Schlusssatz des Schmiettels.

Wir sind in der Lage, ein schönes Beispiel aufzuführen, wie die beschimpfte Arbeiterschaft „Mißbrauch“ übt. Da gerade der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Mitwirkender ist, lassen wir Einzelheiten folgen:

Die zirka 50 Angestellten der Porzellanfabrik Fraureuth bei Weidau in Sachsen standen 14 Wochen lang im Streik. Der Streik wurde geführt vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und dem Deutschen Meisterverband. Der Zentral-

verband der Angestellten hatte dort keine Mitglieder. Der Streik schien völlig aussichtslos. Die Unternehmer waren nicht gewillt, den berechtigten Forderungen der Angestellten entgegenzukommen. Da erklärten sich die Arbeiter solidarisch mit den Angestellten, und der Arbeitersekretär Henniger in Greiz übernahm im Auftrage der Regierung die Vermittlung. Nach kurzer, aber geschickt geführter Verhandlung hatten die Angestellten einen guten Tarif durchgebracht. Der Vorsitzende der Streikleitung sprach in folgendem Brief dem Arbeitersekretär den Dank der Angestellten-schaft aus:

Sehr geehrter Herr Henniger!

In der Einlage übersenden wir Ihnen die zwischen uns und der Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., getroffene Abmachung nebst den dazugehörigen Anlagen, sowie das Protokoll.

Der Streik ist damit beendet, und haben die Angestellten am Dienstag früh geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn die Verhandlungen ein derartiges günstiges Ergebnis gezeitigt haben, so ist dies nicht zuletzt Ihr Verdienst, und wir stehen nicht an, von uns aus wie auch im Namen der gesamten Angestellten-schaft Ihnen unseren verbindlichen Dank für Ihr selbstloses und anerkennenswertes Eintreten auszusprechen.

Genehmigen Sie den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Mit kollegialem Gruß und Dank

Die Streikleitung und die Angestellten der  
Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G.  
gez.: Richter.

Der unterzeichnete Herr Richter ist gleichzeitig Beamter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Wir wollen hoffen, daß er auf schnellstem Wege seiner Hauptverwaltung von diesem Siege, der nur durch die Solidarität der Arbeiter möglich war, Mitteilung macht. Ob der antisemitische Verband dann immer weiter behaupten wird, die Arbeiterschaft „mißbrauche“ die Angestellten?

Soweit uns die Herren bekannt sind, werden sie wohl nach wie vor in die Welt posaunen: „Gütet Euch vor dem Zentralverband der Angestellten“, er untergräbt das Standesbewußtsein der Handlungsgehilfen, denn er macht keinen Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern.

## Aus unserem Berufe.

**Karl Matrouschek**

Aus der Nr. 3 des „Keramarbeiter“, Verbandsorgan des Keramarbeiterverbandes der tschechoslowakischen Republik, ersuchen wir, daß der Redakteur unseres Bruderblattes, der Kollege Karl Matrouschek, am 28. Januar d. J. gestorben ist. Im noch verhältnismäßig jugendlichen Alter von 41 Jahren ist M. einem Gallensteinleiden erlegen. Der Keramarbeiterverband erleidet durch den Tod M.s einen herben Verlust. Ein außerordentlich befähigter Kollege ist mit ihm dahingegangen. Nicht nur in seiner Berufsorganisation, sondern auch auf anderen Gebieten war M. tätig und erfreute sich des allgemeinen Vertrauens. So war der Verstorbene auch Bürgermeister der Stadt Fischern. Auch in der Arbeiterlängere-Bewegung war er an hervorragender Stelle tätig. M. war nicht nur ein befähigter Redakteur, sondern auch wirksamer Versammlungsredner und vor allem ein geschickter Unterhändler in Lohnbewegungen und bei Tarifverhandlungen. Der „Keramarbeiter“ widmet dem so früh Dahingegangenen einen warm empfundenen Nachruf, in dem das schmerzliche Bedauern über den harten Verlust, den der Keramarbeiterverband erlitten hat, in bewegten Worten Ausdruck findet. Sein Andenken wird auch von uns in Ehren gehalten werden.

Selb. Bei der Firma Krauthelm & Adelberg, Porzellanfabrik in Selb, bestehen seit Freitag, den 28. Januar, ernsthafte Differenzen. Die Ursachen liegen in der Beleidigung eines Betriebsratsmitgliedes und der Entlassung eines Kollegen wegen Lohnunterschieden. Obwohl der Betriebsrat ständig bemüht war, die Angelegenheit friedlicher Lösung zuzuführen, hat sich die Firma nicht dazu verstanden. Statt dessen ist die fristlose Entlassung durch Herrn Krauthelm angeordnet und durchgeführt worden. Die ganze Belegschaft des Werkes befindet sich seit dem 31. Januar im Ausstand. Am Samstag, den 5. Februar, fand eine Verhandlung unter Hinzuziehung der Vertreter beider Organisationen statt, und zwar seitens der Arbeitgeberorganisation Herr Winterling aus Marktkeuthen und unseres Gauleiters Bredow, unter Hinzuziehung des Betriebsrates. Leider ist es nicht gelungen, eine Verständigung zu erzielen. Die Verhandlungen scheiterten an dem Starrsinn des Unternehmers Krauth-

heim. Die 170 Personen, die nun in die Bewegung hineingerissen wurden, sind bis auf 2 Lehrlinge organisiert. Arbeitswillige sind nicht vorhanden.

**Fette Dividenden.** Der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik P. H. Rosenthal, A.-G., schlägt die Verteilung einer Dividende von 30 Proz. und außerdem eine Sondervergütung von 20 Proz. — das macht zusammen eine Dividende von 50 Proz. aus — vor. Diese Dividende wird auf das erhöhte Aktienkapital von 6 Millionen Mark gezahlt.

Im Vorjahre betrug letzteres nur 3 Millionen, so daß mindestens 100 Proz. Dividende hätten verteilt werden müssen, wenn die Verdoppelung des Kapitals inzwischen nicht erfolgt wäre.

Die Aktien-Gesellschaft **Älteste Volkstädter Porzellanfabrik** hat ihr Aktienkapital auch verdoppelt, von 2½ auf 5 Mill. Mark. In der außerordentlichen Generalversammlung der A.-G., in der diese Kapitalerhöhung beschlossen wurde, teilte der Vorstand den Aktionären mit, daß das verflossene Geschäftsjahr einen günstigen Verlauf genommen und eine Dividende von 18 Proz. (gegen 16 Proz. im Vorjahre) in Vorschlag gebracht werden soll. Bei unseren Lohnverhandlungen haben wir einen solchen günstigen Bericht über den Stand von Luginsporzellanfabriken nicht erhalten können, als er den Aktionären der Luginsfabrik „Älteste Volkstädter“ gegeben werden konnte.

## Versammlungsberichte.

**Arnstadt.** Versammlung vom 17. Januar. Kollege Gräf verliest den Rechnungsabluß des 4. Quartals. Es war eine Einnahme von 2166,66 Mk. und eine Ausgabe von 1037,81 Mk. vorhanden. 1000 Mark wurden an die Hauptverwaltung eingekandt, so daß noch ein Bestand von 128,85 Mk. vorhanden ist. Im Totalfonds war eine Einnahme von 503,25 Mk. und eine Ausgabe von 203,80 Mk., so daß noch ein Bestand von 299,45 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Hierauf werden die Verwaltungswahlen erledigt. Es wird sodann berichtet über die „Wirtschaftsbeihilfe“ in allen drei Betrieben. Bis jetzt ist noch in keinem Betriebe die Wirtschaftsbeihilfe bezahlt worden. Überall werden Einwendungen gemacht. Der Betriebsrat der Firma **Mardorf & Baudorf** klärt die Sachlage auf. Direktor **Reidhardt** soll alles berechnen und den Betrag nachher auszahlen. Mit diesem Versprechen geben sich die Mitglieder zufrieden. Bei der Firma **de la Porté** ist auch noch nichts bezahlt worden. Die Firma **Otto Baudorf & Co.** will später bezahlen, da es ein ganz neues Unternehmen ist und die Firma jetzt nicht bezahlen könnte. Leider war bei der Firma noch kein Obmann gewählt worden, der die Verhandlungen mit der Firma zu führen hätte. Es wird den Mitglieder zur Pflicht gemacht, sofort zur Wahl zu schreiten und dann in neue Verhandlungen einzutreten. Recht interessant wirkte die Verlesung eines Schreibens der Gauleitung. Die Firma **Mardorf & Baudorf** hatte ihrem Betriebsrat mitgeteilt, sie gehöre nicht mehr der Unternehmerorganisation an. Eine Anfrage bei der Gauleitung konnte aber nicht so schnell über die Angelegenheit entscheiden, da der Bescheid noch nicht eingegangen war. Ob sich die Firma mit dieser Erklärung nicht ins eigene Fleisch schneidet? Man denke an die tariflose Zeit zurück. Wenn auch die Firma ihrer Organisation nicht mehr angehören sollte, so wird sie deswegen in Zukunft auch nicht von Forderungen verschont bleiben. Dann wird von einem Kollegen das Verhalten des Direktors **Kunze** scharf geißelt. Es soll von ihm die Umkleung gefallen sein, daß Leute, die ihre Arbeit nicht voll und ganz leisten, hinausfliegen. Außerdem würde er sich die Personen merken, die Arbeiter oder Arbeiterinnen des Betriebes in den Verband treiben; dieselben sollen bei passender Gelegenheit hinausfliegen. Herr **Kunze** scheint schon wieder vergessen zu haben, daß Verbandzugehörigkeit oder Wirken für den Verband keine Gründe zur Entlassung sind. Auch gehört zur Entlassung die Genehmigung des Betriebsrates. Herr **Kunze** entpuppe sich als ein ganz scharfer Reaktionsär. Gegen solche Zustände müßten die Mitglieder die schärfsten Maßnahmen ergreifen. Vom Betriebsrat wird dann eine längere Debatte über die letzten Ereignisse erörtert, die sich zum Teil im Betriebe und zum Teil außerhalb desselbengetragen haben. Unterstützung von Seiten des Betriebsrates haben die dabei Beteiligten nicht zu erwarten, da sich der Betriebsrat mit persönlichen Angelegenheiten nicht beschäftigt. Dann kommt noch ein Dankschreiben des Kollegen **Fischer** zur Verlesung. Hierauf schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Arns.** In der am 1. Februar stattgefundenen Zahlstellenversammlung stand als sechster Punkt auf der Tagesordnung Stellungnahme zu dem „Offenen Brief“ der A. D. G. B. Nachdem Kollege **Philipp** in klarer und sachlicher Weise denselben erläutert hatte, entspann sich eine rege und lebhafteste Debatte, an der sich die verschiedenen Redner der drei Parteien beteiligten. Die Abstimmung über die Annahme des „Offenen Briefes“ ergab eine über große Mehrheit. Die Versammelten waren sich dahingehend einig, daß nur auf dieser Basis die Einheitsaktion des Proletariats hergestellt werden kann. Darauf kam noch folgender Antrag zur Annahme: Die Zahlstellenversammlung ernannt den Hauptvorstand, zu der im Mai dieses Jahres eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter in Moskau zwei Delegierte von unserem Verband zu entsenden. Eine lebhafteste Debatte entspann sich des Weiteren über die empörende und brutale Maßnahme der A. D. G. B. betrieben und in den verschiedenen Verbänden schon in Anwendung gebracht worden ist über den Ausschluß der Kommunisten. Die Versammlung verwahrt sich ganz entschieden gegen die Maßnahme, daß infolge ihrer politischen Richtung Kollegen aus dem Gewerkschaftsleben entfernt werden.

(Anmerkung des Schriftleiters.) Die Verfasser der Resolution — und auch die Mitglieder, die ihr zustimmen haben — zeigen damit sehr deutlich der Öffentlichkeit, daß sie noch A. D. G. B. Schützen im Gewerkschaftsleben sind. Über etwas, das gar nicht vorhanden,

hätten sie sich sonst nicht zu „empören“ brauchen, nämlich über die „brutalen“ Maßnahmen, die vom A. D. G. B. betrieben werden sollen. Gewerkschaftsmitglieder, die das Statut des Verbandes, dem sie selbst angehören, außerdem noch vielleicht die Statuten einiger anderer Verbände kennen, wissen, daß der A. D. G. B. mit dem Ausschluß von Mitgliedern überhaupt nichts zu tun hat. Das ist eine ureigenste Angelegenheit jedes Verbandes selbst, in die sich Angehörige anderer Verbände nicht einzumischen haben. Daß natürlich auch Kommunisten, wenn sie die Verbandsinteressen schädigen, genau so gut ausgeschlossen werden, als Mitglieder anderer politischer Anschauungen; daß die politische Anschauung eines Mitgliedes mit dem Ausschluß nichts zu tun hat und insbesondere kein Ausschließungsgrund ist, scheinen die Urauer Resolutionsverfasser auch nicht zu wissen. Im übrigen, glaube ich, haben wir mit unseren Angelegenheiten genügend zu tun, so daß wir uns um Vorgänge in anderen Verbänden, die uns nichts angehen, nicht zu sorgen brauchen. Auf den übrigen Inhalt der Resolution einzugehen, lohnt nicht, zumal die Sache mit dem „Offenen Brief“ längst und an zuständiger Stelle erledigt wurde.

**Duisburg.** Vor der gut besuchten Versammlung für den Monat Februar sprach Kollege **Barasik** über: „Die Lage in unserem Gewerkschaftsleben, die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahlen und über Lohnabbau“. In erster Linie kritisierte er die Laubheit, mit welcher ein großer Teil unserer Arbeiter der Organisation gegenüberstehen. Er führte aus, daß wohl zwei Drittel der Mitglieder unserer Zahlstelle sich nur dem Namen nach Gewerkschaftler nennen; es wäre Zeit, daß die Arbeiter sich eines Besseren besinnen und als tätige Mitglieder eintreten müßten. Ganz besonders ermahnte er die jungen Mitglieder, sich mehr der Organisation zu widmen, damit sie auch später das halten und behaupten könnten, was ihre Väter und Vorfahren für sie errungen hätten. Treue Zusammenarbeit im Verbands heißt „dem Willen unserer Gegner trotzen“. Er ermahnte hierauf die Anwesenden, dies auch bei der kommenden Landtagswahl zu bedenken und forderte jeden wahlberechtigten Arbeiter auf, am 20. Februar seine Stimme denjenigen Kandidaten zu geben, die auch für das Wohl des Arbeiters einzutreten gewillt und imstande sind. Denn schlägt für den Arbeiter die Landtagswahl fehl, so ist es schlecht um unsere achtstündige Arbeitszeit bestellt und ein Lohnabbau besiegelt. Was ein Lohnabbau bedeutet, werden viele Arbeiter erst dann erfahren, wenn er tatsächlich da ist. Wenn auch einige Lebensmittel etwas billiger sind, so kann dies doch nicht bestimmend dafür sein, daß wir sofort weniger verdienen sollen. Soll der Arbeiter sich denn keinen Schargroschen beiseite legen können, oder soll er sich nicht auch mal einen neuen Anzug usw. leisten können. Kollege **Barasik** legte jedem nahe, diese Worte zu beherzigen, damit er zur richtigen Zeit das richtige Wort für die Parole „Lohnabbau“ habe. Die Versammlung dankte dem Kollegen **Barasik** für die sachlichen und verständlichen Worte und nahm eine Resolution an, wonach auf jeden Fall gegen einen Lohnabbau in nächster Zeit mit aller Schärfe protestiert würde.

**Goldblauer.** Die am 30. Januar stattgefundenen Zahlstellenversammlung, die gut besucht war, wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Es stand unter anderem als wichtigster Punkt das neue Lohnabkommen zur Beratung. Die Diskussion war äußerst lebhaft, aber sachlich. Es wurde allgemein anerkannt, daß unsere Unternehmer einen äußerst schweren Standpunkt den Unternehmern gegenüber hatten. Trotzdem wurde es scharf vermerkt, daß ein Teil unserer Kollegen (schliche) ganz leer ausgingen, dafür bot man den übrigen einen so minimalen Prozentsatz, daß selbiger weder mit der großen Teuerung noch mit den allgemein gestellten Forderungen im Einklang zu bringen ist. Es wurde erneut beschlossen, für die nächsten Verhandlungen an mindestens 50 Proz. festzuhalten.

Wir ersuchen alle Zahlstellen, dasselbe zu tun und bei event. Ablehnung ihren Willen durch die Tat zu bekräftigen.

**Kahnhütte.** Unsere am 10. Januar stattgefundenen Zahlstellenversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Als erster Punkt wurde die Neuwahl der Verwaltung erledigt. Beim zweiten Punkt, Lohnabkommen, setzte eine scharfe Kritik ein. Alle Diskussionsredner erklärten, daß die von den Unternehmern zugestandene Lohnerhöhung (soziale Zulagen) in keiner Weise den tatsächlich sprunghaft steigenden Kosten des Lebensunterhalts entspricht. Es muß endlich möglich sein, die Löhne doch so hoch zu bringen, daß eine Existenzmöglichkeit auch für die lange genug ausgebeuteten Porzellanarbeiter errungen wird. Daß die Unternehmer in der Porzellanindustrie weit höhere Löhne zahlen können, beweisen doch die vielen angestellten Bilanzen. Um mit welcher Geschicklichkeit werden diese Bilanzen aufgestellt? Trotzdem wird den Unkundigen erkenntlich, was für Riesengewinne erzielt werden. Wir verlangen weit höhere Zulagen; auch verlangen wir, daß die Lohnabkommen auf kürzere Zeit abgeschlossen werden und nicht jedesmal auf drei Monate. Auch wird die Ausschaltung der Zulagendlichen in dem letzten Lohnabkommen als eine direkte Schmach betrachtet. Punkt drei, „Verschiedenes“. Da fast alle noch „nicht eingestanden“ Kollegen anwesend sind, so nimmt diese Angelegenheit unter „Verschiedenes“ eine längere Zeit in Anspruch, denn die Kollegen verlangen ihre Einstellung, die ihnen aber von der Firma vorzuenthalten wird. Auch über das Aussehen wurde lange Zeit debattiert. Die Firma **Herwig & Co.** verlangt, daß noch mehr ausgesetzt werden soll als bisher. Es soll fernerhin zwei Wochen gearbeitet und eine Woche ausgesetzt werden. (Bisher sind drei Wochen gearbeitet worden und eine Woche ausgesetzt.) Die Versammlung ist zu dem Entschluß gekommen, daß es nicht angänzlich ist, noch mehr auszusetzen; denn, wie schon oben erwähnt, daß die Kosten der Lebensunterhaltung sprunghaft steigen und daß man das Dasein nur halbwegs fristen kann, ist es unmöglich, immer noch mehr zu arbeiten, als bisher. Die Arbeiterschaft weist deshalb berattigt das Verlangen „noch mehr Aussetzen“, ganz entschieden zurück. Immer und immer wird von maßgebenden Stellen geschrieben: nur Arbeit kann uns retten. Die Arbeiterschaft will arbeiten, aber sie darf eben nicht — Am Schluß der Versammlung wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, die Arbeiterschaft solle sich in ihrem Gewerkschaftlichen Organisationsfest zusammenzustehen, nicht nur gegen

die Arbeitgebererschaft, sondern auch gegen jene, die unsere Gewerkschaften von innen heraus zerstören wollen.

**Köppelsdorf.** Die Mitglieder der Zahlstelle Köppelsdorf und Umgegend nahmen in einer Anzahl gutbesuchter Versammlungen Stellung zu dem letzten Lohnabkommen. Sie finden die Wirtschaftsverhältnisse als zu niedrig und protestieren gegen die Unzugänglichkeit der Unternehmer, die bestehenden Lohnsätze zu erhöhen. In Anbetracht der immerwährend steigenden Preise für Lebens- und Bedarfsmittel und andererseits des immer mehr steigenden Unternehmergewinnes fordert die Mitgliedschaft die Verbandsleitung auf, bei dem nächsten Lohnabkommen mit aller Energie für eine Erhöhung aller bisher bestehenden Lohnsätze einzutreten. Weiter wurde von den Versammelten verlangt, daß die den sozialen Zulagen anfallenden Särten alle beseitigt werden. Von der versammelten Arbeiterchaft der Porzellanfabrik Neuhaus bei Sonneberg gelangte folgende Resolution zur Annahme:

**Resolution.** Die am 3. Februar versammelte Arbeiterschaft der Porzellanfabrik Neuhaus erklärt hiermit, rücksichtslos hinter den Forderungen des „Offenen Briefes“ der B. K. V. D. vom 8. Januar 1921 stehen zu wollen. Die Versammlung begrüßt es als schärfste und erblickt darin endlich den ernsthaften Versuch zur Herstellung einer einheitlichen Kampfesfront des gesamten Proletariats. Es ist daher unbedingte Pflicht der Gewerkschaften sowie der sozialistischen Parteien, sofort Vorbereitungen zu treffen, um auf den Endkampf, der nicht umgangen werden kann, gerüstet zu sein. Einigkeit und Zielklarheit aller Hand- und Kopfarbeiter sind die Hauptbedingungen, die allein den Erfolg in diesem Kampf versichern.

**Dschag.** In der Mitgliederversammlung vom 28. Januar 1921 wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Zahlstelle Dschag erheben schärfsten Protest gegen das letzte Lohnabkommen, bei dem nur für Verheiratete ein Lohnzuschlag in Form der Familienzulage zustande gekommen ist, während für alle anderen nichts erreicht wurde. Dadurch, daß mehrere darauf angewiesen sind, als Untermieter zu wohnen, die dabei höhere Ausgaben haben als Verheiratete, zum Teil auch Familienangehörige zu unterstützen haben, befinden sich dieselben in derselben finanziellen Notlage wie Verheiratete. Es ist auch hier eine Lohnverbesserung ganz gerechtfertigt. Schon das Lohnabkommen vom Oktober v. J. zeigte für die Unverheirateten eine Zurücksetzung in der Entlohnung, während doch von diesen dieselben Arbeitsleistungen verlangt werden. Es hat den Anschein, als handle es sich darum, nur Ledige einzustellen, und die Verheirateten mögen gehen, wo sie bleiben. Gleichzeitig erinnern wir unsere Verbandsleitung daran, nicht den Grundsatz zu vergessen: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Wir fordern den Hauptvorstand auf, das letzte Lohnabkommen sofort zu kündigen und in neue Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten und dabei die Forderungen der Zahlstellen mit allem Nachdruck zu vertreten. Gegebenenfalls ist den Herren Unternehmern zu zeigen, daß die Porzellanarbeiter den Eisenbahnern nichts nachstehen.“

**Tillowitz.** Die am 17. Januar stattgefundene Zahlstellenversammlung konnte sich eines guten Besuches erfreuen. Der Vorsitzende Niebel heißt den anwesenden Gauleiter Griesbach herzlich willkommen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Unser Lohnabkommen“ gibt unser Gauleiter Griesbach einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in Berlin, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte und für seine Ausführungen reichen Beifall spendete. Zu Punkt 2 streifte Gauleiter Griesbach — da die Zeit von ziemlich vorgerückt war — kurz die „Bedeutung der Gewerkschaften“ und versprach, bei der nächsten Gelegenheit auf dieses Thema zurückzukommen. Zu Punkt 3, Verschiedenes, werden einige lokale Angelegenheiten erledigt. Zum Schluß nimmt der Gauleiter Griesbach das Wort und verspricht, bei seiner nächsten Anwesenheit den „Literarischen Abend“ zu veranstalten, was mit großem Beifall angenommen wird. Hierauf dankt der Vorsitzende dem Gauleiter für seine Aufklärungen und schließt die gut besuchte Versammlung.

**Velten.** Die am 21. Januar abgehaltene Zahlstellenversammlung war von zirka 250 Mitgliedern besucht. Der 1. Punkt der Tagesordnung war unser „Tarifvertrag“. Es entspann sich eine rege Debatte. Ein Antrag wurde eingebracht, bei den nächsten Verhandlungen dahin zu wirken, für die Ledigen und Jugendlichen besser einzutreten als bei den letzten beiden Abschlüssen. Zum 2. Punkt, „Verbandsangelegenheiten“, wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß in der Firma Blumenfeld eine neue Abteilung für Fayence eingerichtet hat und sich die dortige Kollegenschaft von zirka 100 Mitgliedern unserer Organisation angeschlossen hat. Von den Kollegen ist der Antrag gestellt, bei der Firma vorstellig zu werden und um die Anerkennung des Tarifes nachzusuchen. Außerdem wurde beschlossen, bei der Firma Blumenfeld eine Betriebsversammlung abzuhalten. Zum 3. Punkt, „Verschiedenes“, kamen etliche Beschwerden zur Diskussion. In der Steingutfabrik Velten-Bordamm sind die Malerinnen schweren Schikanen von der Obermalerin ausgesetzt. Das Fräulein Obermalerin meint dort daszepter zu führen. Es wird für die Kunstmalerinnen in Quantum festgesetzt, welches überhaupt nicht geschafft wird. Dafür erhalten sie den tariflichen Stundenlohn. Damit aber nicht genug, besitzt nun eine Malerin gute Fähigkeiten, dann hat sie auch Gelegenheit, eine Nummer höher zu rücken. Es bestehen nämlich vier Stufen; demzufolge ist auch eine Günstlingswirtschaft dort eingerissen. Überwurst und Milch spielen dabei die Hauptrolle. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß am 19. Februar im Lokal des Herrn Lübbke unser Verbandsvergügen stattfindet. Bei den nächsten Versammlungen muß ein größeres Lokal gemietet werden, da unsere Zahlstelle jetzt über 300 Mitglieder hat.

**Wallhausen.** Am 21. Januar fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Nach Kenntnisnahme des Kassen- und Kartellberichts wurde zuerst über die teuren Schwämme diskutiert. Da der Reichsarbeiter vorschreibt, daß die Schwämme sowie sämtliches Arbeitsmaterial zu Friedenspreisen geliefert werden soll, so wurde die Forderung gestellt, dieses von der Firma zu verlangen. Sollte sich die

Firma weigern, soll ein Verfahren beim Schlichtungsausschuß eingeleitet werden. Auch wurde die Forderung g.u.Kr. familiärer Bruch, wo kein Arbeitsfehler nachgewiesen werden kann, von der Firma bezahlt zu verlangen; event. soll auch hier erforderlichenfalls eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeigeführt werden.

**Weiden.** In der am 3. Januar stattgefundenen und gut besuchten Zahlstellenversammlung berichtete Gauleiter Bredow über die Lohnverhandlungen in Berlin. Er schilderte einleitend seines Berichtes die wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung auf dem Geldmarkte (Waluia), um dann auf die eigentlichen Lohnverhandlungen einzugehen. Die Arbeitervertreter hätten in den Verhandlungen versucht, das Mögliche herauszuholen. Bei dem schlechten Stand der Mark, welche es den Unternehmern infolge ungeheurer Wälutagewinne ermöglichte, Zugeständnisse zu machen, zeigten sich dieselben nach allen Seiten zugedöpft. Kleine Punkte mußten unter schweren Opfern durchgesetzt werden. B. besprach auch die Einwürfe der Unternehmerorganisation und die Schreckbeispiele, mit welchen die Unternehmervertreter bei den Verhandlungen operierten. Nachdem die Forderungen in Gestalt von prozentualen Lohnröhungen von den Unternehmervertretern abgelehnt wurden, waren die sozialen Zulagen der Beratungsgegenstand der Verhandlung. Die Situation war nach der Beratung die, daß weiteres unmöglich durchzusetzen sei. Die Verantwortung liege nun bei den Unternehmern selbst. In der anschließenden Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß in den letzten Tarifberatungen mit den Unternehmervertretern sich das System zeige, daß letztere eine Zersplitterung in unserer Mitgliedschaft einzuleiten suchen, nach welcher ihnen der größte Mißerfolg beschieden wäre. Unter „Verschiedenes“ wurden Beschwerden laut über die Mißstände bei den Firmen Dpfinger-Weiden und der neuen Porzellanfabrik „Bavaria“ in Weiden-Allersricht. Besonders in letzterer zeigen sich nach Schilderung eines aus wichtigen Gründen entlassenen Kollegen trasse Zustände unter dem selbstherrlichen Gebaren eines dort beschäftigten Modelleurs. Wegen vorgeschrittener Zeit sollen diese Mißstände in einer besonderen Verwaltungssitzung besprochen werden.

## Literarisches.

„**Natur und Liebe**“, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Kofstod. Heft Nr. 5. Inhalt: Religion, Kunst, Sozialismus. Religion des Sozialismus und Unsterblichkeit. Das Wachsen der Gewerkschaftsseele. Gemüt und Leben: Die Not der Kindesseele. Die Seele des Volkes: Es werde Erde. Das Abonnement auf die Nummern 4—6 kostet 2,40 Mark und 30 Pf. Porto.

„**Der Aufstieg**“, Führer durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von Franz Klüß. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Preis 7,50 Mk. Das Buch entspricht einem oft geäußerten und fühlbar gewordenen Bedürfnis. Es will eine kurzgefaßte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geben, die bisher in so handlichen und jedem zugänglichen Format fehlte. Wer sich deshalb als Parteifunktionär oder in der Gewerkschaft über die Geschichte der großen Bewegung unterrichten will, ohne daß er Zeit und Mühe findet, sich in größere Werke zu vertiefen, dem bietet der „Aufstieg“ einen zuverlässigen Führer. Ausgehend von der Organisation der mittelalterlichen Handwerksgejellen in ihren „Brüderschaften“, schildert das Buch die mit der Industrialisierung Deutschlands sich entwickelnde selbständige Klassenbewegung der Arbeiter, streift die Tätigkeit der vormärzlichen Geheimbünde, das Wirken Weitlings und der Kommunisten, beleuchtet das Werk von Marx, Engels und Lassalle und folgt dann der wechselreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis in die neuesten Tage. Auch die Geschichte der Gewerkschaften wird eingehend gewürdigt. Die große Linie, der die Arbeiterbewegung folgt, bedeutet, wie der Verfasser zusammenfassend sagt, trotz der Zersplitterung der Arbeiterparteien unserer Tage einen unverkennbaren Aufstieg zu höheren Lebensformen. Der Sozialismus hat der deutschen Arbeiterbewegung von Anfang an Richtung, Ziel und Inhalt gegeben. Deshalb ist ihre Geschichte gleichzeitig die des Sozialismus. „Der Aufstieg“ ist ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für jeden in der Arbeiterbewegung Tätigen; er ist unentbehrlich für jeden jungen Genossen und jede Genossin, die sich das historische Rüstzeug für ihre Arbeit in der Bewegung schaffen wollen. Aber auch für den Belesenen bietet der „Aufstieg“ der Anregungen die Fülle. Ein Wegweiser in die einschlägige Literatur, der dem Buche angefügt ist, vervollständigt seine vielseitige Brauchbarkeit.

„**Unsere Haustiere**“, vom Standpunkte ihrer wilden Verwandten, für jung und alt geschildert von Th. Zell. Preis broschiert 20 Mk., gebunden 25 Mk. Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, Berlin SW. 68. Die Menschen, namentlich in der Großstadt, sind dem Tierleben zu ihrem Nachteil entfremdet, nehmen es, soweit es das tägliche Leben in ihren Gesichtskreis bringt, als etwas Selbstverständliches hin. Und doch bürgt die liebevolle Beobachtung der Tierwelt und ihrer Gewohnheiten eine überreiche Quelle schöner Freuden in sich, die Th. Zell in seinem ausgezeichneten Werke auf neuen Wegen erschließt. So oft aufgeworfene Fragen werden restlos beantwortet und so manches „Warum“ findet seine Begründung. So erfährt man, warum der Hund schlingt und die Katze gelittet frißt, warum das Pferd scheut und durcheht, warum es gerade, der Hund aber schräg läuft, der Esel J—a schreit, die Schweine bei kleinen Reuten so gut gehen, die Sau die eigenen Ferkel frißt und das Huhn durch einen Kreidestrich hypnotisiert wird. Und so unendlich vieles mehr. Gerade diese Besonderheiten, die der Mensch, ohne weiter darüber nachzudenken, wahrnimmt, sind geeignet, die Tiere wirklich kennen und lieben zu lernen. Aber nicht nur darum geht es dem Verfasser, sondern er gibt dem Tierhalter wichtige und nützliche Winke, sei es über die naturgemäße Haltung der Haustiere, über zweckmäßige Fütterung usw. Ferner enthält das Buch über jedes Tier Geschichten und Geschichtliches, und behandelt auch im besonderen die Sprichwörter und Redensarten, welche das besprochene Tier zum Gegenstand haben. Die vielfach ein-

gestreuten Silber veranschaulichen die Tiere in ihrer natürlichsten Wesenart. Alles in allem ein wertvolles Buch, das die Tierwelt in ihrem Tun und Treiben dem Herzen des Volkes und der Jugend näherbringt, den Tierhaltern viel Nützliches bietet und auch für Tierchutzvereine von besonderem Interesse ist.

### Aufforderung!

Trotz allwöchentlicher öffentlicher Aufforderung fehlen immer noch die Angaben über die Beitragsveränderungen ab 1. Juli 1920 von nachgenannten Zahlstellen:

**Oberhausen, Osterode, Steinwiesen.**

Das Ersuchen an die Verwaltungen vorgenannter Zahlstellen, die Angaben umgehend einzujenden, ist bisher fruchtlos geblieben, weshalb ich mich nun an die Mitglieder obiger Zahlstellen mit der Bitte wende, nunmehr ihrerseits die Verwaltungen anzuhalten, dieser Pflicht ungefümt nachzukommen. **Wilhelm Herden.**

### Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

**Berlin-Charlottenburg.** Mittwoch, 23. Februar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Porzellan-Manufaktur, Wegelstraße. Station: Stadtbahnhof Tiergarten.

**Bonn.** Samstag, 19. Februar, in der „Pflanzhalle“, Kölnstr. 17. **Düsseldorf.** Samstag, 5. März, bei Ritz, Ecke Jahn-Kirchfeldstraße. Vortrag.

**Velten.** Freitag, den 25. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Lüdicke, Breitestr. 86.

### Adressen-Veränderungen.

**Ebersfeld.** Vorsitzender: Lorenz Rudolf, Wellendahlerstr. 440; Revisor: Max Mai, Hamburgerstr. 30; beide Maler. **Grünstadt.** Kassierer: Josef Busch, Maler, Zepelinstraße. **Breßig bei Rothenkirchen (Oberfranken).** Der Vorsitzende Armann (nicht Ormann) wohnt jetzt: Am Unger Nr. 86.

### Quittung.

Für unseren Kollegen William Klinghammer gingen folgende Beträge ein aus den Zahlstellen: Annaburg 10,—; Arzberg 15,—; Auma 10,—; Berlin 20,—; Bonn 50,—; Brattendorf 20,—; Elsterwerda 20,—; Flörsheim 10,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Goldlauter 10,—; Gräfenthal 10,—; Grünhain 10,—; Almenau 30,—; Kahla 10,—; Klosterweilsdorf 10,—; Köpelsdorf 60,—; Limbach 20,—; Magdeburg 15,—; Mannheim 5,—; Margarethenhütte 20,—; Marktredwitz 20,—; Neuhaldensleben 10,—; Passau 10,—; Pöckel 10,—; Pottschappel 15,—; Rauenstein 10,—; Rochlau 25,—; Scheibe 10,—; Schirnding 10,—; Schleusingen 20,—; Schlierbach 25,—; Schönwald 15,—; Selb-Blöschberg 20,—; Spandau 30,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Unterweißbach 20,—; Waldburg 20,—; Waldershof 10,—; Walbsassen 10,—; Weiden 20,—; Windischschönbach 20,—; Zwickau 10,— **Mt. Summa 745,— Mt.**

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.

Zahlstelle Plane.

Der Kassierer: Robert Rämpel.

### Sterbefälle.

**Eisenberg.** Nikolaus Billig, Dreher, geboren am 17. April 1872 in Langenau (Oberfranken), gestorben am 1. Februar an Grippe und Nierenentzündung. Mitglied seit 1895.

**Schölkopf.** Andreas Dietl, geboren am 20. August 1892 zu Eger, gestorben am 23. Januar an Kehlkopftuberkulose. Mitglied seit 1919.

**Kahla.** Richard Fritsche, Glühfüller, geboren am 16. März 1873, gestorben am 25. Januar an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.

**Köpelsdorf und Umgegend.** Pauline Reichenweber, Verpuherin, geboren am 4. Januar 1879, zu Kottenbrunn, gestorben am 26. Januar an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

**Rauenstein.** Ferdinand Müller, geboren am 24. Oktober 1892, gestorben am 1. Februar an Kehlkopftuberkulose. Mitglied seit 1919.

**Rudolstadt.** Eline Sibilsky, Raderin, geboren am 27. Januar 1884, gestorben am 31. Januar an Kehlkopfleiden. Mitglied seit 1919.

**Auauf Weinmann,** Anfuher, geboren am 14. Januar 1868 zu Allersdorf, gestorben am 2. Februar an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.

**Teltow.** Max Fischer, geboren am 31. Dezember 1883, freiwillig aus dem Leben geschieden am 31. Januar. Mitglied seit 1920.

Ehre ihrem Andenken!

### Arbeitsmarkt.

Effektbriefe bezw. kein frankiertes Anwert beiliegend, werden nicht weiter beibehalten.

**Schiffmaler, erachtete Arbeiter auf Apothekengefäße, sowie Schilder jeder Art.** Bei Bedarf im In- oder Ausland. Suchender hat in Betrachtung über seine und würde Stelle befragen, wo er sich auf Glasfabrik mit einarbeiten könnte. Skizzen zu Diensten. Angebote unter A. K. 3 an die „Ameise“ erbeten.

**Feuer und Gießer für Gipsfiguren auf sofort gesucht.**

Figur-fabrik A. Carli, Kassel.

**Tüchtige Freidreher und Dreher für Hoch- und Niederspannungsisolatoren werden gesucht.**  
S. Schomburg & Söhne, Alt.-Ges., Rochlau (Anhalt).

**Zuverlässiger Gießer, der selbständig arbeitet und auch im Drehen bewandert ist, zu bald mögl. Eintritt gesucht.**  
Schwarzwalder Majolika-Fabrik, Baden-Dos.

**Tüchtiger, unverheirateter Porzellanbreher, welcher das Formen und Gießen in einer Kunsttöpferei übernimmt, zum baldigen Eintritt gesucht.** Meldungen mit Lohnansprüchen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter V. T. 100.

**Gelernter Porzellanschleifer, 21 Jahre alt, mit allen vorkommenden Schleiferarbeiten vertraut, sucht für sofort Stellung in einer Porzellanfabrik.**

Offerten unter „Schleifer“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Sofort gesucht:

Zwei perfekte Formengießer für Afford, sowie einen gelernten Porzellanbieger.

Angebote unter C. S. 2 an die Redaktion der „Ameise“.

**Tüchtige Silbermaler für dauernde Arbeit suchen**  
Richter & Dietmann, Bremen, Weststr. 96.

**Gipsfigurenfabrik sucht tüchtigen Mobellieur, der eigenhändige oder religiöse Modelle verkauft und nach Zeichnungen anfertigt.**

Offerten mit Abbildungen, Größen und genauen Preis erbeten unter M. L. 103 an die Redaktion der „Ameise“.

**Empfehle mich zur Anfertigung von Stahlplatten in sauberster Ausführung bei billigster Berechnung.**

Graveur Jos. Schanitz, Selb, Obere Bergstr. 8, I.

**Wir suchen für sofort einen tüchtigen Majolikamaler als Mustermaler für Vasen und Küllartikel.**  
Ang. Heißner Nachf., Terrakottawarenfabrik, Gräfenroda i. Thür.

**Wir suchen einen tüchtigen ledigen Kapseldreher.**  
Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.

**Tüchtiger Schmelzer für Fürbringer-Ruffel, der auch im Boden von Porzellan geübt ist, per sofort für dauernde Stellung gesucht.** Infolge der Wohnungsnot können nur ledige Bewerber berücksichtigt werden. Angebote mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit unter: „Schmelzer“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Lebiger Großgeschirrdreher und lebiger Formengießer werden sofort eingestellt.**

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Neuh.).

### Geschäfts-Anzeigen.

**Alles stant über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Glas etc. zahle. Darum schick alles zu**

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

### Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteßtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekta.

**Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Matrüdstände usw. zum Einschmelzen kauft**

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Bergbauerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

**Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenschuh — Segeltuchoberteil, Lederohle u. Zween. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turm- schuhe. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigt. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.**  
R. Alene, Schuhverfabr. u. Pantoffelfabrik, Weizwasser (D.-L.).

**Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinselstiele liefert**  
Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

### Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Matrüdstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönißch-Platz 17.

**Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen**  
Redaktion: Rob. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.